

NETZWERK Friedenssteuer

Zivilsteuergesetz für Menschen und Klima

Erläuterungen zum Positionspapier des Netzwerk Friedenssteuer e. V.

Liebe Freundinnen und Freunde des Friedens und des Netzwerk Friedenssteuer,

die *Fridays for Future* haben auch das Netzwerk erreicht. Für uns gilt es, alte Erkenntnisse und Überzeugungen in stets neuem Licht zu sehen, neue Fragen zu stellen und sich neuen Frage zu stellen. Und es gilt, neue MitstreiterInnen zu gewinnen, Verbindungen herzustellen zu denen, die diese neuen Fragen zu ihrem Anliegen machen.

Das Netzwerk Friedenssteuer stellt sich also dem Klimathema. Eine große Gefahr erkennen wir wiederum im Militär. Der Klimawandel ist die zivilisatorische Herausforderung unserer Zeit. Wie groß die Herausforderung schon in Friedenszeiten ist, erleben wir jeden Tag. Wir können sie nur zivilisiert, also friedlich, meistern; denn sie verlangt all unsere Kraft, all unseren Einfallsreichtum, all unsere Entschlossenheit. Darum ist unser Einsatz für den Frieden auch ein Einsatz für das Klima, und deshalb muss, wer das Klima retten will, sich auch für den Frieden einsetzen.

Wir haben ein 2-seitiges Positionspapier zum Thema verfasst, zu dem wir hier die inhaltlichen Erläuterungen anfügen. Möge es uns, möge es Euch und Ihnen helfen, die Verbindung zu denen zu knüpfen, die unsere Zukunft sind: die anderen Friedensorganisationen und insbesondere die jungen Menschen, die sich für den Klimaschutz einsetzen. Besonders ihnen wollen wir sagen:

Das Militär schadet dem Klima jeden Tag, durch die Ressourcen, die es bindet und die an anderer Stelle fehlen, durch sein tägliches Tun. Und das auch schon in Friedenszeiten.

Was uns heute erlaubt, uns der Rettung des Klimas und der Umwelt zu widmen, ist nicht mit Waffen zu verteidigen. Krieg ist das Ende der Zivilisation, und nur die Zivilisation bietet die Möglichkeit, das Klima zu retten.

Netzwerk Friedenssteuer e. V. 3/2020
info@friedenssteuer.de
www.friedenssteuer.de



Zivilsteuergesetz für Menschen und Klima

Erläuterungen zum Positionspapier des Netzwerk Friedenssteuer e.V.

Von deutschem Boden dürfe nie wieder Krieg ausgehen – diese Lehre aus den Verbrechen der Vergangenheit war das Gebot unserer Nachkriegszeit! Der sicherste und konsequenteste Weg dorthin ist es, erst gar keine Armee mehr aufzustellen. Doch ab Ende 1955 wurde die Bundeswehr aufgebaut. Das stürzt viele Menschen, insbesondere die unseres Netzwerks Friedenssteuer, in ein Gewissensdilemma: In ihrer Wertevorstellung wird nicht nur mit der Waffe in der Hand Krieg geführt, sondern auch mit Ihrem Steuergeld, das für die Armee und ihren Dienst verwendet wird. Deshalb bleibt das Zivilsteuergesetz unser Ziel.

Ganz gleich, wie die Aufgaben einer Armee definiert werden – ohne das Alltagsgeschäft mit dem Übungsbetrieb funktioniert die Armee nicht.

Ausgelöst durch die Demonstrationen der Bewegung Fridays for Future haben auch wir deshalb nochmals genauer auf die Umweltschäden durch die Bundeswehr geschaut. Bislang waren wir nicht gänzlich blind dafür und pflegten langjährige Beziehungen zur „Freien Heide“ (Kyritz-Ruppiner Heide, Brandenburg) und zur „Offenen Heide“ (Colbitz-Letzlinger Heide, Sachsen-Anhalt).

Bei der Betrachtung haben wir uns auf unsere deutsche Armee und deren Umweltschäden in unserem Land beschränkt; denn hier leben wir, zahlen wir Steuern – gezwungenermaßen auch zur Finanzierung von Militär, Rüstung und sogar Krieg; hier wollen wir mitverantwortlich sein für Frieden und auch Erhalt unseres Landes und der Erde.

Zusätzlich zum Positionspapier führen wir hier in einer Langfassung die dort knapp vorgetragenen Argumente aus. Als militärische Laien stützen wir uns auf die Ausarbeitung anderer Quellen und zitieren sie, wegen der leichteren Lesbarkeit ohne zahllose Anführungszeichen.

Im 2-Jahres-Turnus veröffentlicht das Bundesministerium für Verteidigung und der Bundeswehr (seit 2012) einen **Nachhaltigkeitsbericht**; zuletzt im Oktober 2018 (1). Vorzeigbare Ergebnisse stellte man den Militärattachés beim Aktionstag Nachhaltigkeit dar (14.11.19 Berlin). Der **Treibhausgasausstoß** betrug in der letzten Zeit ziemlich regelmäßig jährlich 1,7 Millionen Tonnen CO₂, über andere Treibhausgase gibt es keine Angaben. Der Anteil erneuerbarer Energien betrug zuletzt 18,4% (2). Hinzu kommt der Treibstoffverbrauch mit 0,7 Millionen Tonnen CO₂ (3). Bis 2023 sollen die Dienstsitze

- (1) <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/verteidigungsministerium-veroeffentlicht-nachhaltigkeitsbericht-2018-28376>
 (2) <https://fragdenstaat.de/dokumente/1135/>
 (3) Bundestagsdrucksache 19/16169, <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/161/1916169.pdf>



Bild von Tobias Nordhausen (geändert), via Flickr (CC BY-NC-SA 2.0).

des Ministeriums in Bonn und Berlin klimaneutral werden. Seit 2018 sind bundesweit 200 Elektro-Fahrzeuge für die Bundeswehr im Einsatz. Praxisnah präsentierte der Bundeswehr-Fuhrpark vor Ort vier verschiedene Elektro-Autos zum Anfassen, Einsteigen und Mitfahren (4).

Viel Platz widmen die Nachhaltigkeitsberichte dem Naturschutz auf Truppenübungsplätzen. Diese müssen für Schießübungen von Soldaten und Panzerbesatzungen großflächig als offenes Gelände frei von größerem Baumbewuchs gehalten werden. Damit entstehen Flächen, die eine spezielle Biodiversität ermöglichen, wie sie in Deutschland nur auf wenig anderen Flächen möglich ist, auf denen aber so gut wie kein CO₂ gebunden wird, weder in Form von Gehölzen noch als Humus im Boden. Allerdings hat vor einem Jahr der durch Raketentests ausgelöste **Moorbrand bei Meppen** mit den verheerenden Folgen – auch wegen der damit verbundenen gigantischen CO₂-Emissionen – aufgezeigt, wie fragwürdig ein von der Bundeswehr ausgewiesener Naturschutz ist. Auch beim Umweltschutz im weiteren Sinne kann der naturgrüne Anstrich nicht verdecken, dass der Militärbetrieb gewaltige Folgekosten durch Schadstoffe verursacht, die im Boden und letztlich auch im Grundwasser zurückbleiben. Dieses gilt vor allem für **PFC-Chemikalien** (per- und polyfluorierte Kohlenstoffverbindungen), die in Deutschland auf mehr als 20 Militärstandorten nachgewiesen und auf über 100 weiteren Standorten mutmaßlich vorhanden sind (5). Die Gemeinde Manching in Oberbayern liegt neben dem Bundeswehr-Flugplatz Ingolstadt-Manching. Auf dem Gelände ist der Schwellenwert für einen besonders schädlichen PFC-Stoff im Grundwasser teils 400-fach überschritten. In angrenzenden Ortsteilen dürfen Anwohner ihre Gärten nicht mehr mit Brunnenwasser gießen. Wer ein Haus bauen will, kann das nur ohne Keller machen. Oder er muss die Entsorgung des Aushubs bezahlen. Die **Kontaminationen im Boden** stammen von PFC-haltigen Löschschäumen, die die Bundeswehrfeuerwehr jahrzehntelang am nahegelegenen Flugplatz eingesetzt hat, vor allem bei Übungen. Löschschaum wird von der Bundeswehr vor allem eingesetzt, um Treibstoffbrände zu bekämpfen (inzwischen verboten, bis 2011 verwendet) (6).

Ein besonderes Beispiel für den Land- und Geldverbrauch ist der „**Urbane Ballungsraum Schnögersburg**“. Bei den Friedensspaziergängen der kooperierenden Gegnerorganisationen rund um das Gelände erfuhr man auch, dass die Colbitz-Letzlinger Heide mit 60.000 Hektar als das größte zusammenhängende Heidegebiet Mitteleuropas gilt bzw. galt; doch die militärische Nutzung durch Deutsche Wehrmacht, Rote Armee und Bundeswehr verursachten erhebliche Schäden (7).

Südöstlich von Gardelegen in Sachsen-Anhalt entstehen derzeit auf einer Gesamtfläche von mehr als sechs Quadratkilometern rund 550 Gebäude, 16 Kilometer Straßennetz, 800 Meter Flusslauf und 600 Meter begehbare Kanalisation mit 20 Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten. Die Geisterstadt ist eine maßgeschneiderte Ausbildungseinrichtung des Gefechtsübungszentrums für den Orts- und Häuserkampf. Schnögersburg bildet alle Charakteristiken eines urbanen Gebietes ab, wie Stadtzentrum, Altstadtgebiet, Wohngebiet, militärische, polizeiliche und kulturelle Einrichtungen, Industrie- und Gewerbegebiet sowie Hüttenviertel und typische Vorstadtbebauung wie Parks, Gehöfte und Stadtwaldanlagen. Das Übungszentrum diene dem Zweck, mit militärischen Einheiten „in allen Operationsarten und Eskalationsstufen“ den Einsatz in einem urbanen Raum – sprich den Orts- und Häuserkampf – zu trainieren. Die Gesamtkosten werden sich der Bundesregierung zufolge „voraussichtlich bis zum geplanten Abschluss der Baumaßnahmen im Jahr 2021 nach derzeitigem Stand auf rund 170 Millionen Euro“ belaufen (8). Das Gelände steht auch multinationalen militärischen Übungen, ebenso Einzelübungen anderer Nato-Staaten zur Verfügung.

Hier wird also mit gewaltigem Einsatz von Geld, Zeit, Material und fossiler Energie (es gibt noch keinen klimaneutralen Zement) etwas zur Vorbereitung des Krieges geschaffen, was in gleicher Form an anderem Ort helfen würde, Menschen ein Zuhause zu geben.

Schon die Produktion von **Sprengstoff** verursacht Umweltschäden durch Unfälle; hinzu kommen die Altlasten nach den Bombardierungen durch die Alliierten und die Schäden in den laufenden Betrieben. **Verseuchte Böden** sind ein Kennzeichen von ehemaligen Kampfplätzen und Truppenübungsplätzen: Betriebsstoffe (Benzin, Diesel, Öl), Reinigungsmittel (Chlorkohlenwasserstoffe (CKW)), Munitionsrückstände (Schwermetalle und Stickstoffverbindungen) (9).

Hinzu kommt die **Belastung der Meere** durch direkte Kriegshandlungen, Manöver, aber auch durch Havarien und Abstürze. Nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg wurden große Mengen Munition im Meer und in Seen entsorgt; chemische und konventionelle Munition gelangte so in alle europäischen Küstengewässer. Allein in den deutschen Gebieten von Ost- und Nordsee lagern ca. 1,6 Millionen Tonnen an Altlasten, ungeachtet der Bergungen in den 1950er bis 70er Jahren zur Gewinnung von Rohstoffen und zur Gefahrenabwehr für die Schifffahrt. Neben der offensichtlichen Gefahr von ungewollten Explosionen gibt es ein zweites Risiko für Küstenbewohner und Meeresökosysteme: Je stärker die Munition korrodiert, desto mehr gefährliche Substanzen treten aus. Über die Meeres-

- (4) <https://www.bundeswehr.de/de/aktuelles/meldungen/aktionstag-nachhaltigkeit-152350>
 (5) <https://weltnetz.tv/story/2181-nachhaltigkeit-und-klimaschutz-nur-ohne-bundeswehrrhebliches>
 (6) <https://www.tagesschau.de/investigativ/report-muenchen/bundeswehr-pfc-101.html>
 (7) https://www.deutschlandfunkkultur.de/militaerische-uebungsstadt-u-bahn-in-der-heide.1001.de.html?dram:article_id=311884
 (8) <http://www.bundeswehr-journal.de/2018/schnoeggensburg-modernstes-uebungszentrum-des-heeres>
 (9) <https://www.bits.de/public/articles/ami/ami5-03.htm>

bewohner können sie auch in die menschliche Nahrungskette gelangen (10).

Im Fall von **Flugzeugabstürzen** antwortete das BMVg auf eine Parlamentarier-Anfrage für den Zeitraum 18. Januar 1995 bis 11. August 2015: Die Bundeswehr büßte in diesen Jahren 17 Strahlflugzeuge, 23 Hubschrauber sowie 21 unbemannte Luftfahrzeuge (Drohnen) ein. Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass bei Abstürzen von Luftfahrzeugen Betriebsflüssigkeiten wie Flugkraftstoffe, Schmiermittel, Hydrauliköle in den Boden gelangen, sofern diese nicht vorher verbrennen oder auf dem Absturzareal verdunsten. Für die nach diesem Stichtag aufgelisteten sieben Abstürze deutscher Luftfahrzeuge – ein Tornado-Kampfbomber, eine Bell UH-1D, ein Unterstützungshubschrauber Tiger sowie vier Aufklärungsdrohnen LUNA – verzeichnet die Statistik zweimal die Freisetzung von Betriebsstoffen. Die Beseitigung der Umweltschäden kostete den Steuerzahler rund 180.000 Euro. Umfassendere Auskunft gibt es nicht; denn die Akten der Schadensfälle werden nur für fünf Jahre aufbewahrt. Für die Flugzeugabstürze von ausländischen Streitkräften gibt es vage Auskünfte, sofern private Grundstückseigentümer von Um-

weltbeeinträchtigungen betroffen waren und diese geltend machten. Erfolgt die Abstürze über Liegenschaften der Partnerstreitkräfte, sind diese nach den völkerrechtlichen Vereinbarungen für die Beseitigung etwaiger Umweltschäden selbst verantwortlich, überwacht von der zuständigen Landesumweltbehörde. Wegen der kurzen Aufbewahrungsfrist konnte nur für neun Unfälle Auskunft gegeben werden: Für die Beseitigung der ausgetretenen Betriebsstoffe und sonstige durch diese Abstürze ausländischer Systeme bedingten Umwelt- und Sachschäden fielen laut Verteidigungsministerium bislang Kosten in Höhe von etwa 111.000 Euro an (11). Unerwähnt blieb damals: „Nicht nur Diesel-Fahrzeuge produzieren Feinstaub, sondern auch Flugzeuge beim Verbrennen von Kerosin“, berichtet der Deutschlandfunk anhand einer Schweizer Analysetechnik: „Eine Sekunde Laufzeit entspricht etwa 60 Kilometer Autofahrt von einem Euro-6-Dieselfahrzeug mit Filter“ (12). Hinzu kommt der Landverbrauch und das Zubetonieren für die Flugplätze und Verlängerung oder Neubau von Landebahnen und natürlich der Lärm bei Tests am Boden und Flügen.

Hannelore Morgenstern-Przygoda, Jan Birk 3/2020

(10) https://www.focus.de/wissen/experten/erbe-der-weltkriege-1-6-millionen-tonnen-munition-rotten-vor-der-deutschen-kueste-vor-sich-hin_id_9903693.html

(11) <http://www.bundeswehr-journal.de/2015/militaerische-flugunfaelle-ueber-deutschem-hoheitsgebiet/#more-5932>

(12) www.deutschlandfunk.de/abgase-im-flugverkehr-feinstaub-kommt-auch-von-oben.676.de.html?dram:article_id=355766

Persönliche Nachbemerkung

Hannelore Morgenstern-Przygoda:

Der Nachhaltigkeitsbericht der Bundeswehr wird der Tatsache überhaupt nicht gerecht, dass wir hier in Deutschland durch Waffenproduktion, Bereitstellung der Bundeswehr und ihre bloße Alltagsarbeit bereits Umweltschäden verursachen. Zudem: Diese Schäden wirken sich auf unser Klima aus, die wir ins Weltklima exportieren. Zudem: Es werden materielle und menschliche Ressourcen vergeudet. Die Bundeswehr muss Menschen schulen, im Einsatz als erster und schnellster „zu schießen“. Darüber hinaus: Unser Lebensstil ist nur deshalb so komfortabel, weil er auf Kosten vieler anderer Menschen in anderen Ländern organisiert ist; dies zu ändern, verlangt noch vieles mehr von mir (und meinen Mitmenschen).

Zurück zum Gewissensproblem: „Nie wieder Krieg und nicht in deutscher Verantwortung“ war ein behütender Satz meiner Kindheit. Und ein trügerischer; ich darf und will für die eigene Armee nicht mit meiner Steuer zahlen – das Zivilsteuergesetz ist ein Anfang auf dem Weg zum gerechten Frieden und der Bewahrung der Welt.

Persönliche Nachbemerkung Jan Birk:

Die Bundeswehr stellt eine Belastung des Klimas dar; aber diese Feststellung ist als solche relativ banal; Art und Umfang der Belastung haben wir dargestellt. Weitaus gewichtiger aber ist die Bedrohung des Klimas: Krieg ist der zivilisatorische Bruch schlechthin, die Bundeswehr bereitet ihn vor und in anderen Ländern führt sie ihn bereits durch. Klimaschutz unter den Bedingungen des Krieges ist unmöglich. Zusätzlich zu den bekannten und durchlittenen vielfältigen nachhaltigen Folgen militärischer Konflikte wird der nächste Weltkrieg das Klima kippen – eine endgültige Folge, die nicht wieder zu heilen sein wird. Auch wenn die sichtbaren Anstrengungen der Bundeswehr zur Verminderung ihrer Treibhausgasemissionen von Erfolg gekrönt sind, bleibt die eigentliche Bedrohung bestehen. Das können wir nicht dulden oder ertragen und schon gar nicht mit-finanzieren. Für Letzteres brauchen wir ein Zivilsteuergesetz.